

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Katrin Kunert, Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/5922 –**

Humboldt-Forum statt Fassadenschloss – Schlossplatz mit Zukunftsorientierung

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die Finanzierung einer Schlossfassadenkopie am geplanten Neubau für das Humboldt-Forum auf dem Berliner Schlossplatz durch öffentliche Gelder abzulehnen, den Architekturwettbewerb auch für eine Untersuchung zeitgenössischer baulicher Lösungen zu öffnen und von der zwingenden Vorgabe nach der Rekonstruktion der Fassaden, der Höfe und der Kuppel Abstand zu nehmen sowie vor der Auslobung des Architekturwettbewerbs ein mit Berlin entwickeltes Konzept für die zukünftige Nutzung des Humboldt-Forums vorzulegen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/5922 abzulehnen.

Berlin, den 27. November 2007

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Renate Blank
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Renate Blank

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5922** in seiner 108. Sitzung am 5. Juli 2007 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Kultur und Medien und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet vor allem die Forderung, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die Finanzierung der Schlossfassadenkopie am geplanten Neubau für das Humboldt-Forum auf dem Berliner Schlossplatz durch öffentliche Gelder abzulehnen, den Architekturwettbewerb auch für eine Untersuchung zeitgenössischer baulicher Lösungen zu öffnen und von der zwingenden Vorgabe nach der Rekonstruktion der Fassaden, der Höfe und der Kuppel Abstand zu nehmen sowie vor der Auslobung des Architekturwettbewerbs ein mit Berlin entwickeltes Konzept für die zukünftige Nutzung des Humboldt-Forums vorzulegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 16/5922 in seiner 43. Sitzung am 7. November 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 19. September 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 7. November 2007 gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/5961 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies auf die Beschlusslage im Deutschen Bundestag. Dazu stehe der Antrag im Widerspruch, weshalb man ihn ablehne.

Die **Fraktion der SPD** betonte, es gehe hier um ein Projekt von nationaler Tragweite. Den Antrag der Fraktion DIE LINKE. lehne sie ab.

Die **Fraktion der FDP** betonte, die Grundsatzfrage, ob das Stadtschloss wiedererrichtet werden solle, sei am 4. Juli 2002 vom Bundestag mit großer Mehrheit entschieden worden. Man solle daher nicht wieder über die Grundsatzfrage diskutieren, sondern über die Umsetzung des Beschlusses.

Die **Fraktion Die LINKE.** erklärte, es sei die zukunftsgewandtere Position, auf den Wiederaufbau des Stadtschlusses zu verzichten und stattdessen den Bau eines Humboldt-Forums anzugehen. Es sei sehr zweifelhaft, ob eine Spendensumme von 80 Mio. Euro für die Rekonstruktion der Fassade überhaupt erreicht werden könne. Man solle daher eine Korrektur des Bundestagsbeschlusses prüfen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, der Bundestagsbeschluss über die Wiedererrichtung sei nicht in Frage zu stellen, weshalb man den Antrag ablehne. Man habe aber erhebliche Zweifel, dass sich das Projekt zu den bislang genannten Kosten realisieren lasse. Sie kritisierte das Vorgehen, bereits vor der Durchführung des Architektenwettbewerbs Kostenobergrenzen festzulegen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5922 abzulehnen.

Berlin, den 27. November 2007

Renate Blank
Berichterstatlerin

